

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMVIT-9.000/0078-I/PR3/2018

11. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Präsident !

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jarolim, Genossinnen und Genossen haben am 29. Oktober 2018 unter der **Nr. 2174/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Schleppende Umsetzung der ePrivacy Verordnung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

- *Ist bis Ende Dezember nur ein Statusbericht im Vorhaben rund um die ePrivacy Verordnung geplant?*
 - a. *Wenn ja, weshalb? Bitte unter Angaben von Gründen!*
 - b. *Wenn nein, was ist stattdessen geplant?*
- *Welche Vorhaben hat das BMVIT geplant um den Vorgang rund um die Umsetzung der ePrivacy Verordnung zu beschleunigen?*

Die österreichische Ratspräsidentschaft hat versucht, die komplexen Verhandlungen durch neue innovative Vorschläge zu beschleunigen. Es hat sich allerdings gezeigt, dass auch diese Ansätze nicht ausreichen, um die weitreichenden Bedenken der Mitgliedstaaten auszuräumen. Die Präsidentschaft hat sich daher dazu entschlossen, beim Rat TTE am 4. Dezember 2018 einen Fortschrittsbericht zu präsentieren und einen Gedankenaustausch der Minister zu dem Dossier abzuhalten. Damit wurde den Ministern die Möglichkeit gegeben ihre Kernanliegen zu artikulieren, um diese in den weiteren Arbeiten angemessen berücksichtigen zu können.

Zu Frage 2:

- *Gibt es bereits eine gemeinsame Position der Mitgliedstaaten?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn nein, weshalb nicht?*

Derzeit besteht keine gemeinsame Position der Mitgliedstaaten. Das ist dem Umstand geschuldet, dass das Dossier weitreichende Auswirkungen hätte und diese noch nicht in ihrer Gesamtheit abschätzbar sind. Für den Rat ist es wichtig, eine Balance zu finden, um einerseits den Schutz der Daten der Nutzer zu stärken und andererseits Regelungen zu schaffen, die es der europäischen Wirtschaft ermöglichen, innovative Dienste zu entwickeln.

Zu Frage 4:

- *Wird Artikel 10 ersatzlos gestrichen?*
 - a. *Wenn ja, weshalb? Bitte unter Angaben von Gründen?*
 - b. *Wenn nein, gibt es bereits einen Entwurf für den Ersatz von Artikel 10?*

Im derzeitigen Vorschlag ist Artikel 10 gestrichen, da dies von der Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat gefordert wurde. Gründe dafür sind laut den Mitgliedstaaten einerseits die Gefahr der „gatekeeper“-Funktion für US-dominierte Browser-Hersteller zum Nachteil der europäischen KMUs, sowie andererseits der Umstand, dass die Browser-(Vor-)Einstellung nicht die informierte Zustimmung nach der DSGVO ersetzen kann. Zudem wurde vorgebracht, dass Privacy by design bzw. default bereits in Artikel 25 DSGVO verankert und sichergestellt ist.

Zu Frage 5:

- *Mit welcher Begründung hat die Österreichische Bundesregierung einen Vorschlag in die Ratsverhandlungen eingebracht, welcher eine ersatzlose Streichung von Artikel 10 vorsieht?*

Der Vorschlag der Streichung wurde aufgenommen, da dies die Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat gefordert hat und die Präsidentschaft als „honest broker“ verpflichtet ist, den Wünschen der Mehrheit Rechnung zu tragen.

Zu Frage 6:

- *Mit welchen Interessensvertretungen haben sich Mitarbeiter der österreichischen Ständigen Vertretung oder der betroffenen Ministerien, die an der ePrivacy Verordnung und den*

dazugehörigen Verhandlungen auf Ratsebene beteiligt sind, getroffen?

- a. *Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern des Springer Verlags und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*
- b. *Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern der IABEurope und deren Mitgliedern (IABAustria) und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreich Ratsvorsitzes?*
- c. *Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern der Telekomindustrie (Deutsche Telekom, Telekom Austria, ETNO, EuroISPA) und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*
- d. *Wie viele Treffen gab es zwischen Vertretern von Konsumentenschützern und Bürgerrechtsorganisationen und an den Verhandlungen zur ePrivacy Verordnung beteiligten Mitgliedern des Österreichischen Ratsvorsitzes?*

Die Mitarbeiter des BMVIT an der ständigen Vertretung in Brüssel haben folgende Interessensvertreter getroffen:

- Digital Europe
- European Telecommunications Network Operators' Association – ETNO
- Internet Corporation for Assigned Names and Numbers – ICANN
- Center for Information Policy Leadership – CIPL
- Vodafone
- Telefonica
- Internetoffensive Österreich
- European Digital Rights – EDRI
- European Magazine Media Association - EMMA / ENPA
- Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. – ADM
- Bundesverband der Deutschen Industrie – BDI
- Federation of European Direct and Interactive Marketing – FEDMA
- WKÖ-FV Werbung und Marktkommunikation
- Confederation of Norwegian Enterprise and Norwegian Directory Industry
- QVC / Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
- Smart Energy Europe

Die Mitarbeiter des BMVIT in Wien haben folgende Interessensvertreter getroffen:

- BITKOM
- Internetoffensive Österreich
- Public Interest Consultants
- Vodafone
- ETNO
- HEROLD
- MASTERMIND Public Affairs Consulting: Microsoft, Facebook
- Interactive Advertising Bureau Austria
- Verband Österreichischer Privatsender

Zu 6a:

Die Mitarbeiter des BMVIT an der ständigen Vertretung in Brüssel haben im Zuge des Treffens mit EMMA / ENPA (European Magazine Media Association) Vertreter des Springer Verlags getroffen. In Wien kam es zu keinem Treffen mit Vertretern des Springer Verlags.

Zu 6b:

In Brüssel und Wien fand jeweils ein Treffen im ersten Halbjahr 2018 mit IAB Europe bzw. Austria statt. Seit Beginn der österreichischen Präsidentschaft gab es kein Treffen mit IAB Europe bzw. IAB Austria mehr.

Zu 6c:

In Brüssel fanden drei Treffen mit ETNO, ein Treffen mit Vodafone, ein Treffen mit Telefonica sowie ein Treffen mit der Internetoffensive Österreich statt. In Wien kam es zu einem Treffen mit der Internetoffensive Österreich sowie zu einem Treffen mit ETNO.

Zu 6d:

In Brüssel fand ein Treffen mit EDRI - European Digital Rights statt. In Wien kam es zu keinen solchen Treffen.

Zu Frage 7:

- *Welches Schutzniveau für personenbezogene Daten hält die österreichische Bundesregierung für angemessen?*

Ein hohes Schutzniveau für personenbezogene Daten ist für die österreichische Bundesregierung von größter Bedeutung. Gleichzeitig gilt es aber auch im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, dass die Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen, einschließlich KMUs, sowie die online Medienvielfalt (mit europäischen Inhalten) erhalten bzw. gefördert wird.

Ing. Norbert Hofer

